

Von Stüve zu Miquel – Osnabrück wird preußisch¹

Thomas Vogtherr

Sie haben sich nicht gemocht, soviel ist sicher. Was Stüve über Miquel, seinen Nachfolger als Osnabrücker Bürgermeister, später Oberbürgermeister schrieb, zeugt nicht von Anerkennung und Respekt, schon gar nicht von Verständnis oder gar Sympathie. Miquel gebe *starke Phrasen, wenig Sinn zum besten*,² schreibt Stüve 1869 bei Miquels Rücktritt vom Amt, und wenig später an den Neffen Gustav Stüve: *Sein Selbstlob über alles, was er angefangen und nicht ausgeführt hat, will ich ihm gerne lassen*.³ Das nennt man vergiftete Komplimente, und genau so waren diese und viele ähnliche Äußerungen auch gedacht. Ablehnende, gar despektierliche Äußerungen Stüves über seinen Nachfolger sind zahlreich. Sie variieren immer wieder: die Vorwürfe der mangelnden Sachkenntnis, des inhaltsleeren Schwadronierens und des Selbstbezogenen.

Stüve und Miquel standen politisch einander fern und waren sich im Persönlichen so unähnlich, wie man es sich nur denken kann. Miquel,⁴ erst Kommunist, dann Liberaler, schließlich rechter Nationalliberaler, wirkt in seiner politischen Entwicklung wie eine Illustration zu jenem verbreiteten Diktum, wonach derjenige kein Herz habe, der in der Jugend nicht Kommunist sei, und keinen Verstand, wer es im Alter immer noch sei. Dieser Mann des Jahr-

1 Der Text wurde im Rahmen der Tagung zu Johann Carl Bertram Stüve am 5. Mai 2022 als öffentlicher Abendvortrag im Friedenssaal des Osnabrücker Rathauses vorgetragen und ist hier um Nachweise ergänzt sowie punktuell erweitert. Er greift auf einen ungedruckt gebliebenen eigenen Vortrag zu Bürgermeister Johann Miquel aus dem Jahre 2012 zurück. Für die hilfreiche Durchsicht und wertvolle Hinweise danke ich meinen ehemaligen studentischen Mitarbeiterinnen Linn-Marie Eckhof M. A. und Marie Lafrenz B. A.

2 Walter VOGEL (Hrsg.), Johann Carl Bertram Stüve: Briefe, 2 Bände, Göttingen 1959/60, Bd. 2, S. 963 Anm. 1 (18. Oktober 1869).

3 Ebd., S. 962 (12. Dezember 1869).

4 Zu Miquels Osnabrücker Jahren ist grundlegend: Rudolf LEMBCKE, Johannes Miquel und die Stadt Osnabrück, Osnabrück 1962. – Umriss seiner Biografie liefern: Rainer HEHEMANN, Art. »Miquel, Johannes von«, in: Ders. (Bearb.), Biographisches Handbuch zur Geschichte der Region Osnabrück, Bramsche 1990, S. 203f. – Rita ALDENHOFF, Art. »Miquel, Johannes v.«, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, Berlin 1994, S. 553f.

gangs 1828, damit genau dreißig Jahre jünger als Stüve, hatte einen weiten Weg hinter sich, als er 1865 die Nachfolge des damals knapp 67-jährigen Stüve antrat, eines Gegners jedweder Revolution, jedes Umsturzes, dafür zu einer »an Schroffheit grenzenden biedereren Rechtlichkeit« neigend⁵ und im Grunde seines Herzens zwischen konservativen und vorsichtig liberalen Ideen zu Hause. Freunde des welfischen Hannover waren beide, Miquel wie Stüve, nur begrenzt: Stüve hatte das in den Jahren des Staatsstreichs König Ernst Augusts von Hannover 1837 und in den Jahren danach gelernt.⁶ Miquel brauchte es nicht zu lernen, denn wer sich 1848 als »Kommunist und Marxist« bezeichnete,⁷ hatte mit Monarchien im Allgemeinen sowieso nichts im Sinn.

Aber bringen wir etwas Ordnung in die Dinge, zeitlich wie sachlich, um einem komplexen Thema gerecht zu werden, dessen Behandlung geradezu klassisch biografische mit strukturellen Entwicklungen verbindet, sie aufeinander bezieht, miteinander parallelisiert oder voneinander zu unterscheiden versucht. Von Osnabrück in den Stüve-Jahren soll zunächst die Rede sein, im Sinne der Beschreibung von sozialen und politischen Verhältnissen, von rechtlichen Rahmenbedingungen und handelnden Personen. Im Kern geht es dann in einem zweiten Schritt um die Veränderungen, die sich nach Stüves Abgang zum Ende des Jahres 1864 unter den beiden Nachfolgern Johannes Miquel und Johann Werner Detering zwischen 1865 und 1876 beobachten lassen und die zu einer umfassenden Modernisierung der mit kaum 30.000 Einwohnern durchaus überschaubaren Stadt Osnabrück geführt haben. Drittens und letztens soll am Beispiel dieser drei Bürgermeister ergründet werden, welche Handlungs- und Gestaltungsspielräume sie gehabt und genutzt haben. Dies geschieht nicht zuletzt, um zu verdeutlichen, dass die Mitte des 19. Jahrhunderts auch deswegen zu den mit Unrecht unterbelichteten Phasen deutscher Städtegeschichte gehört, weil man lange Zeit fälschlich der Ansicht war, Bürgermeister dieser Zeiten hätten ohnehin wenig oder nichts bewirken können.

5 Wolf-Dieter MOHRMANN, Art. »Stüve, Johann Carl Bertram«, in: HEHEMANN (Bearb.), Biographisches Handbuch, wie Anm. 4, S. 283-285, das Zitat S. 284.

6 Vgl. dazu den Beitrag von Jörn IPSEN (»Stüve und der Hannoversche Staatsstreich«, S. 80-89) in diesem Band.

7 HEHEMANN, Miquel, wie Anm. 4, S. 203 f.

Osnabrück am Beginn der Stüve-Zeit

Mit Stüve war die altständische Periode der Stadtgeschichte Osnabrücks erst lange nach den Revolutionen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu Ende gegangen.⁸ Kurz vor Stüves Amtsverzicht besaß die Stadt Osnabrück 18.083 Einwohner. Von ihnen besaßen lediglich 1.279 das Bürgerrecht, also etwa 7%.⁹ Nur diese Bürger waren wahlberechtigt für die Magistratswahlen und die Wahlen zur hannoverschen Ständeversammlung. Das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht verlieh der Magistrat selber. Er war dabei keineswegs an irgendwelche Automatismen gehalten. Die Verleihung des Bürger- und damit des Wahlrechts war eines der wesentlichen Instrumente politischer Herrschaft in Osnabrück während der hannoverschen Zeit. Politische Partizipationsmöglichkeiten zu gewähren, war ein Akt hoheitlicher Gnade, sie zu verweigern, mochte ein Disziplinierungsversuch sein. Die Verleihung hingegen gar nicht erst in Betracht zu ziehen, dürfte wohl in den allermeisten Fällen Grund für die politische Bedeutungslosigkeit großer Teile dessen gewesen sein, was man weit später einmal die Mittelschicht nennen sollte.

Seit 1852 hatte Osnabrück unter der Leitung eines ausgesprochen altväterlichen Magistrats gestanden, unter dem Vorsitz eines jahrzehntelang amtierenden Bürgermeisters, der sich erhebliche politische Verdienste um das Königreich Hannover erworben hatte, dessen Minister er einige Jahre gewesen war. Freilich kam dieser 1798 geborene Johann Carl Bertram Stüve aus der Gedankenwelt des vorrevolutionären Deutschlands und hatte mehr als einmal wissen lassen, dass ihn die modernen Entwicklungen seiner Zeit nicht sonderlich interessierten. Darauf wird zurückzukommen sein. Er lebte, zumal in den letzten Jahren, überwiegend aus der Geschichte und – als Privatgelehrter, der er war – zunehmend auch für die Geschichte. Damit verkörperte er den damals nicht seltenen Typus des an der Geschichte interessierten und in der Erforschung der Geschichte der eigenen Stadt auch aktiven Bürgermeisters.

Dabei hatte Stüve durchaus als Reformier begonnen, sich für das Staatsgrundgesetz von 1833 starkgemacht und den Verfassungsbruch durch König Ernst August von Hannover 1837 als Anlass einer Verfassungsbeschwerde beim Deutschen Bund genommen. Als Landtagsabgeordneter war er dem reaktionär eingestellten König derart suspekt, dass er mit einem faktischen

8 Als Epochenüberblick ist grundlegend: Christine VAN DEN HEUVEL, Osnabrück am Ende des Alten Reichs und in hannoverscher Zeit, in: Gerd STEINWASCHER (Hrsg.), Geschichte der Stadt Osnabrück, Belm bei Osnabrück 2006, S. 313-445, 913-923.

9 Ebd., S. 405f.

Reiseverbot nach Hannover belegt worden war. Als Bürgermeister Osnabrücks von 1833 bis 1848 konzentrierte er sich auf die Entwicklung seiner Heimatstadt. Die Märzrevolution *widert ihn an*, wie er seinem Studienfreund Frommann schrieb,¹⁰ aber er *arbeite[te sich] hier durch die Revolution durch, so gut es geht*, so gegenüber dem vormaligen Hannoveraner Bibliothekar und Archivar Pertz,¹¹ und blieb unter dem Ministerpräsidenten von Bennigsen Innenminister bis zum 28. Oktober 1850. Aus dem Ministerium entlassen, wurde er Ende 1850 zum Bürgervorsteher und 1852 zum Bürgermeister von Osnabrück gewählt.

Es war nun keineswegs so, dass unter Stüves Amtsführung die Stadt Osnabrück gewissermaßen stehengeblieben wäre. Aber so sehr er sich auch um die Reform der Verfassung des Königreichs Hannover Verdienste erworben hatte, so sehr er auch durch die Beseitigung von Standesrechten, durch die Trennung von Justiz und Verwaltung und durch Vorarbeiten für die spätere Städteordnung des Königreichs Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet hatte, so sehr blieb er zeit seines Lebens Verfechter klar definierter und im Rahmen einer Monarchie unter einem verständigen Monarchen bleibender Schranken gesellschaftlicher wie politischer Fortentwicklungen. Das ist ihm nicht vorzuwerfen. Schon gar nicht sollte man in den wohlfeilen Fehler verfallen, ein mangelndes Bekenntnis zur Demokratie moderner Prägung als Zeichen der Rückwärtsgewandtheit zu interpretieren und den solchermaßen mit einem Verdikt Belegten dann zum Reaktionär zu machen. Freilich bleibt bei Stüves Haltung in und um Osnabrück doch der Eindruck, dass er den offensichtlichen Herausforderungen seiner Zeit als Bürgermeister der Stadt auf eine sehr spezielle, dem Neuen gegenüber eher skeptische bis ablehnende Art und Weise begegnete.

Großprojekte der Stüve-Jahre

Stichworte zu drei Großprojekten der Stüvejahre müssen ausreichen, um zu verdeutlichen, was gemeint ist: zur Eisenbahnfrage, zu den Entwicklungen um die Georgsmarienhütte und zum Piesberger Bergbau.

Seit 1847 gab es eine Bahnverbindung von Hannover bis Minden einschließlich der Fortführung bis Köln. 1855/56 wurde die von dieser Linie bei Löhne abzweigende Hannoversche Westbahn bis Osnabrück und darüber

¹⁰ VOGEL (Hrsg.), Briefe, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 632: Brief v. 6. März 1848 (hier bezogen auf die Petitionen in Hannover).

¹¹ Ebd., Bd. 2, S. 635: Brief v. 27. April 1848.

hinaus nach Rheine und Papenburg/Emden eröffnet.¹² Das Königreich Hannover wurde, auch durch die weiteren Eisenbahnstrecken, etwa von Harburg nach Göttingen, langsam aber sicher durch dieses modernste aller Verkehrsmittel erschlossen. Stüve war anfänglich ein Gegner dieses Projektes. Er sah *übermäßig erregte Hoffnungen* [...], *weil die Menschen von ihren Einbildungen weit mehr beherrscht werden als von den Dingen selbst*,¹³ störte sich an Planungen der Regierung ohne Berücksichtigung der Stadt Osnabrück¹⁴ und ließ überhaupt kaum eine Möglichkeit aus, seine Skepsis mitzuteilen. Vertreter der örtlichen Kaufmannschaft und der Fabrikanten sprachen sich dagegen eindeutig für diese Innovation aus. Sie hatte Folgen für die Stadtentwicklung, und zwar durchaus einschneidende. Der Herrenteichswall wurde eingeebnet, der Hannoversche Bahnhof entstand, das Gebiet jenseits der östlichen Grenze der Altstadt wurde bebaut, die dortige Bebauung durch eine Bauordnung aus dem Jahre 1855 vorsichtig geregelt.¹⁵

Dass Stüve zu denen gehörte, die die Eisenbahn skeptisch sahen, ist nichts Besonderes. Dass Technik etwas Dämonisches habe, dagegen ein trüber Novembertag und das Kirchenläuten beschaulich wirkten,¹⁶ zählte zu den klassischen Versatzstücken einer tief verwurzelten Fortschrittsskepsis, die weder sonderlich originell war noch haltbar gewesen wäre.¹⁷ Die wirtschaftlichen Vorteile würden überwiegen, das sah auch Stüve so, nur empfand er die Entwicklung als unbehaglich: *Heute hat denn nun Osnabrück zuerst das Pfeifen der Lokomotive gehört. Gebe Gott, daß es was Gutes bedeutet. Mir*

12 Im knappen Überblick: Hans-Werner NIEMANN, Wirtschaftliche Entwicklung im Zeitalter der Industrialisierung, in: Stefan BRÜDERMANN (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens, Bd. 4: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, Göttingen 2016, S. 385-642, hier S. 585-597. – Zu Osnabrück im Speziellen: Rolf SPILKER, Die Entwicklung der Bahnanlagen in Osnabrück bis zum Ersten Weltkrieg, in: Susanne HÄRING (Hrsg.), Vorsicht an der Bahnsteigkante, der Zug fährt ab. Ein Stück Leben bei der Bahn, Bramsche 2005, S. 11-49.

13 VOGEL (Hrsg.), Briefe, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 737f.: Brief v. 1. Januar 1853 an Minister Wilhelm Lehzen, ergänzt nach der Handschrift NLA OS, Erw A 16, Nr. 271, Bl. 76r.

14 VOGEL (Hrsg.), Briefe, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 742-744: Brief v. 1. Mai 1853 an Minister Wilhelm Lehzen.

15 Vgl. dazu neben SPILKER, Bahnanlagen, wie Anm. 12, seinen Beitrag (»Schritte in die neue Zeit. Kommunale Aufgaben in der zweiten Amtszeit Stüves als Bürgermeister der Stadt Osnabrück [1852-1864]«, S. 120-135) in diesem Band.

16 VOGEL (Hrsg.), Briefe, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 782 Anm. 3: Brief an Frommann v. 11. November 1855.

17 Ralf ROTH, Das Jahrhundert der Eisenbahn. Die Herrschaft über Raum und Zeit 1800-1914, Ostfildern 2005, S. 196-215.

*ist nicht sonderlich wohl bei dem Dinge [...] – so schrieb er am Eröffnungstag der Bahnstrecke, dem 18. August 1855, an Frommann.¹⁸ Vier Monate später ging es für ihn bereits um Weizenlieferungen aus Magdeburg und die Vergrößerung des Güterschuppens:¹⁹ So schnell ändert sich auch bei vorsichtigen Konservativen die Weltwahrnehmung im Bedarfsfall. Aber sie war und blieb verbunden mit der Ungewissheit, ob die Bewegung, die durch die Bahn nun in das Land gekommen war, nicht auch gesellschaftliche Umwälzungen mit sich bringen würde: *Mir ist dergleichen zu revolutionär, wie mir denn überhaupt die ganze Bewegung der gegenwärtigen Zeit wenig Freude macht.*²⁰ Weitere drei Jahre später und dann immer wieder beobachtete der Bürgermeister durchaus zufrieden den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt und brachte ihn ursächlich mit der Eisenbahn zusammen.²¹ Freilich war diese Phase des Prosperierens in der Gründerzeit auch konjunkturell bedingt, aber die Eisenbahn war der Motor dieser Konjunktur, wie Stüve das sehr richtig sah. Kurz: Stüve war ein lernfähiger Konservativer, allerdings eben auch kein vorandrängender und Chancen tatkräftig ergreifender Bürgermeister.*

Das wird auch in seinem Verhältnis zum Bergbau auf dem Piesberg deutlich, der mit dem Eisenbahnbau aufs Engste verknüpft ist.²² Von windigen Geschäften, von bloßen Aussichten auf künftige Gewinne aus dem Bergwerksbetrieb allein war der Skeptiker Stüve kaum zu überzeugen. Als aber 1853 ein Eisensteinflöz am Piesberg der Stadt überlassen wurde,²³ sah er die Chancen dann eben doch. Beherzt griff er zu und förderte – bei aller Zurückhaltung gegenüber manchem Aktionismus des Bergmeisters Johann Rudolf Pagenstecher – die Errichtung einer Zweigbahn zum Piesberg ab 1856 sehr entschieden.²⁴ Dabei waren Fragen der Finanzierung zu klären, denn der Bahnbau sollte – in der Hoffnung auf späterhin anwachsende Einnahmen aus dem Bergbau – durch die Stadt finanziert werden. Dass sich Stüve hier mit seiner eher vorsichtigen

18 VOGEL (Hrsg.), Briefe, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 781: Brief an Frommann v. 18. November 1855.

19 Ebd., Bd. 2, S. 787: Brief an Frommann v. 24. Dezember 1855 und Anm. 2: Brief an Frommann v. 13. Dezember 1855.

20 Ebd.

21 Ebd., Bd. 2, S. 834f.: Brief v. 16. Januar 1859 an Frommann.

22 Immer noch als Überblick zu konsultieren ist: Bergdirektor Carl TEMME, Der Piesberger Bergbau von seinen Anfängen bis zur Jetztzeit, in: Jahresbericht des Naturwissenschaftlichen Vereins zu Osnabrück 6 (1885), S. 54–96, zu den Jahren 1848–1868 S. 71–84.

23 VOGEL (Hrsg.), Briefe, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 740: Brief an Frommann v. 30. März 1853.

24 Ebd., Bd. 2, S. 788f.: Brief an Frommann v. 16. Januar 1856.

Denkungsart gegenüber einem mehrheitlich anders eingestellten Magistrat in der Minderheit befand, dürfte ihn eher von der Richtigkeit seiner Überlegungen überzeugt haben. Ihm waren Situationen suspekt, deren Ausgang er nicht abzusehen vermochte: *Namentlich die Piesberger Zweigbahn ist von sehr zweifelhaftem Charakter und übt einen Einfluß auf unsre Verhältnisse, den ich noch gar nicht recht klar zu fassen imstande bin. Freilich solcher Georgs-Marien-Geschichte gegenüber ist das lauter Kinderspiel,*²⁵ schrieb er 1857, womit gleichzeitig das dritte Thema berührt wird.

Denn die Entwicklung der Georgsmarienhütte sah Stüve nicht nur skeptisch, sondern ziemlich offen ablehnend. Für Stüve traten in diesem Projekt gleich mehrere Gründe für eine deutliche Zurückweisung auf: In Julius Meyer, dem Besitzer einer Eisenhütte in Beckerode und Konzessionär von umfangreichen Schürfrechten, sah er den Prototyp eines wirtschaftlichen wie politischen Gegners.²⁶ Meyer (1817-1863), Gutsbesitzer in Astrup, ursprünglich Frühsozialist und von Stüve durchaus abwertend als *Demokrat* bezeichnet, hatte 1856 den Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein gegründet, dessen Hütte 1858 den Betrieb aufnahm (Abb. 1). Wirtschaftlich konnte die Hütte dem Bergbau am Piesberg Konkurrenz machen. Politisch war der Fabrikant Meyer weit fortschrittlicher als Stüve.

Wichtiger aber noch war ein anderes Argument eher staatsphilosophischer Natur, auch dies durchaus zeittypisch: Stüve sah in der Gründung dieser Aktiengesellschaft eine unsolide *Schwindelunternehmung*.²⁷ Die *ehrbare Bevölkerung* am Ort würde *nun plötzlich von einem Haufen Gesindel überwuchert*, Geld werde vernichtet *ohne irgendeine Spur von sittlichem Boden*, und das einzige erwartbare Ergebnis seien *Menschenhaufen, die etwas Infernales an sich haben*.²⁸ Das sind Feststellungen, die zeigen, wie sehr hier jemand am Rande seines Verständnisses für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seiner Zeit angekommen war. Es handelte sich freilich auch um Bedenken, die jedenfalls zu großen Teilen berechtigt waren, denn in der Tat

25 Ebd., Bd. 2, S. 805 f. Anm. 1: Brief v. 20. Mai 1857 an Frommann.

26 Einschlägig für die Gründungsgeschichte und die Frühzeit der Georgsmarienhütte ist immer noch die Darstellung von Hermann MÜLLER, *Der Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein*, Bd. 1: *Die Geschichte des Vereins*, Osnabrück 1896, für die Jahre bis 1874 S. 1-44. – Knapper die moderne Darstellung von Susanne MEYER, *Schwerindustrielle Insel und ländliche Lebenswelt: Georgsmarienhütte 1856-1933*, Münster 1991, S. 15-33.

27 VOGEL (Hrsg.), *Briefe*, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 805 f.: Brief an Frommann v. 29. Januar 1857.

28 Ebd., wie Anm. 2, Bd. 2, S. 805, Anm. 1: Brief an Frommann v. 3. Mai 1857.



Abb. 1: Julius Meyer (1817-1863). Der Gründer des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins wird schon durch seine Bekleidung als politisch eher Linksstehender ausgewiesen: Er trägt nicht den steifen Kragen der Honoratioren, sondern stattdessen das fast nachlässig gebundene Krawattenband, das ihn von vielen seiner bürgerlichen Zeitgenossen unterscheidet (NLA OS, Erw A 38, Akz. 48/1996 Nr. 63)

war der wirtschaftliche Betrieb der Hütte und des angeschlossenen Bergbaus in den ersten Jahren hochdefizitär.²⁹

Dieses Festhalten am Althergebrachten verstärkte sich bei Stüve je länger, je mehr noch dadurch, dass er selber als Historiker zu arbeiten niemals aufgehört hatte und nach eigenem Verständnis auch für die Geschichte seiner Heimatstadt lebte. Je älter er wurde, desto mehr begriff er sich aber auch immer mehr als Teil ebendieser Geschichte und wusste sehr wohl, dass sein Leben zu großen Teilen in einer unwiederbringlich verlorenen Vergangenheit stattgefunden hatte. Und auch das ist das Los des Konservativen: Genauer zu wissen als manch andere, dass nicht alles Neue besser ist, weil es neu ist, und sich nicht alles Bewährte allein deswegen überlebt hat, weil es alt ist.

Silvester 1864, am Tag seiner letzten Sitzung als Bürgermeister, bilanzierte Stüve gegenüber seinem Studienfreund Frommann:

Ich muß erst mehr mein Leben in Ordnung bringen. In meinen eigenen Angelegenheiten ist viel verabsäumt und vieles unklar. Ich denke, es ist nötig, das auch aufzuräumen. Soll ich mich wohl fühlen, so muß ich in einer gewissen Ordnung leben, in geordneter Tätigkeit, und das alles ist zu schaffen, denn

*erst dann kann ich Entschließungen fassen. Und dazu gehört doch noch manches. Wer so aus dem Trubel von erbärmlichem Kram herausgerissen wird, muß sich doch erst besinnen.*³⁰

Der Abschied tat weh und machte unsicher.

²⁹ MÜLLER, Hüttenverein, wie Anm. 26, S. 7-24. – MEYER, Georgsmarienhütte, wie Anm. 26, S. 52-63.

³⁰ VOGEL (Hrsg.), Briefe, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 898f.: Brief an Frommann v. 31. Dezember 1864; der dort gedruckte Text ist ohne entsprechende Kennzeichnung stark verkürzt und wird hier nach der Handschrift ergänzt (NLA OS, Erw A 16, Nr. 263, Bl. 120v).

Miquels Amtsantritt

Sein Nachfolger Johannes Miquel, 1897 durch Kaiser Wilhelm II. als von Miquel geadelt, war bei Amtsantritt 1865 knapp 37 Jahre alt, ein junger Mann mit einer damals schon bewegten Vergangenheit. Geboren in der Grafschaft Bentheim, hatte er in Lingen Abitur gemacht, in Göttingen und Heidelberg Rechtswissenschaft studiert und wurde dort Mitglied des illegalen Bundes der Kommunisten.³¹ Geblieben ist von diesem frühen Bekenntnis des gerade eben reichlich Zwanzigjährigen der Versuch, in seiner späteren politischen Tätigkeit als Liberaler und Nationalliberaler sein soziales Denken in praktische Politik umzusetzen.

Als Rechtsanwalt in Göttingen wurde er Vorsteher des Stadtrates, begründete den Deutschen Nationalverein, eine liberale Gegengründung zum Konservatismus, kleindeutsch und preußenfreundlich. 1864 wurde Miquel in die Ständeversammlung in Hannover gewählt und gehörte dort zur chancenlosen liberalen Opposition. Redegewandt wurde er einer der Sprecher der Liberalen und stand in deutlicher Gegnerschaft zur konservativen Mehrheit. Wer diesen Mann als Bürgermeister nach Osnabrück holen wollte, konnte das alles wissen und brauchte sich keinen Illusionen über vermeintliche Weltentreue hinzugeben. Das war von ihm nicht zu erwarten. Es wirft gleichzeitig ein Schlaglicht auf das Verhältnis Osnabrücks zum welfischen Hannover, wenn jener Johannes Miquel eben doch gewählt wurde. Ein ehemaliger Kommunist, gewandelt zum Nationalliberalen, erfahren als oppositioneller Parlamentarier, aber auch als Kommunalpolitiker, wortgewandt und rhetorisch offensichtlich beeindruckend, weltgewandt und gesellschaftlich geschliffen im Umgang, vor allem aber ein Auswärtiger, der nicht »zwischen den Wällen« groß geworden war: Das also sollte der neue Oberbürgermeister Osnabrücks werden. In Stüves Augen handelte es sich um *einen sehr fähigen Menschen, aber von gefährlich revolutionärer Gesinnung*. Allein die Hoffnung darauf, dass Miquel seiner Einstellung wegen als Bürgermeister durch das Innenministerium nicht bestätigt werde, dämpfte das Entsetzen des scheidenden Amtsinhabers.³²

Und mehr noch. Christine van den Heuvel hat es so beschrieben:

»Stüve, bei aller persönlichen Geradlinigkeit, Gewissenhaftigkeit und politischem Verantwortungsgefühl, war nicht frei von Eigensinn und Strenge. Liebenswürdigkeit war ihm gänzlich fremd. Miquel besaß die Fähigkeit,

³¹ Literatur zu Miquel s. Anm. 4.

³² VOGEL (Hrsg.), Briefe, wie Anm. 2, Bd. 2, S. 896-898: Brief an Frommann v. 19. Dezember 1864.

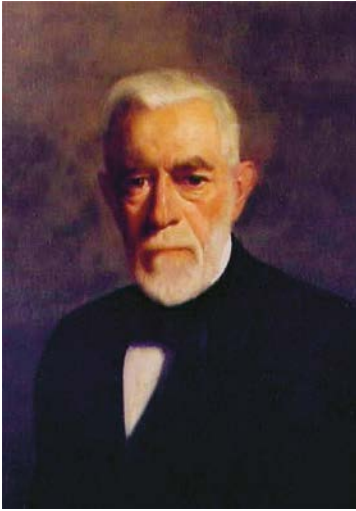


Abb. 2: Oberbürgermeister Johannes von Miquel (1900). Porträt von Franz Hecker (Bersenbrück 1870-1944 Osnabrück), Öl auf Leinwand, unten sign. »Franz Hecker«, 1900 (© Museumsquartier Osnabrück: E 919). Porträts von Miquel stammen überwiegend aus seinen letzten Lebensjahren oder sind postum angefertigt worden. Mit ihnen wurde der hoch in den Jahren stehende Reichspolitiker geehrt, so auch durch den aus Bersenbrück stammenden und in Osnabrück lebenden Maler Franz Hecker. Der Ausschnitt des lebensgroßen Gemäldes zeigt den gravitatisch wirkenden älteren Herrn mehr als zwanzig Jahre nach seiner Osnabrücker Zeit.

auf die Menschen zuzugehen und sie für sich zu gewinnen. [...] In Miquel hatte die Stadt einen Bürgermeister, den es nicht störte, samt seiner Familie im Rampenlicht der Öffentlichkeit zu stehen und der der Bevölkerung Einblick gewährte in die repräsentativen gesellschaftlichen Lebensformen eines aufstrebenden selbstbewussten Großbürgertums, das seine politische Heimat im deutschen Kaiserreich von 1871 finden sollte.«³³

Miquel nahm – gemeinsam mit dem früheren Radikalrepublikaner Johann Werner Detering, der ihm 1869 nachfolgen sollte³⁴ – unmittelbar nach seiner Bestätigung durch die Osnabrücker Landdrostei das Heft der Stadt in die Hand. Der Magistrat wurde zu einer tatsächlichen politischen Führung der Stadt umgebaut und tagte nunmehr wöchentlich. Miquel selber nahm den Vorsitz im Magistrat wahr und leitete auch die Sitzungen des Bürgervorsteherkollegiums.³⁵ Durch ihn wurde in den Jahren seines Amtes aus der bisherigen Ordnungsverwaltung der Stadt eine Leistungsverwaltung. Insofern kann man ihn durchaus als einen Vorreiter der Verwaltungsmodernisierung ansehen und tat das in den Jahren nach 1865 auch zunehmend. Er, der von auswärts nach Osnabrück gekommen war, erwarb sich den Ruf eines weit über die Grenzen der Stadt hinaus vorbildlichen Bürgermeisters (Abb. 2).

33 VAN DEN HEUVEL, Osnabrück, wie Anm. 8, S. 443.

34 Über Detering vgl. Rainer HEHEMANN, Art. »Detering, Johann Werner«, in: Biographisches Handbuch, wie Anm. 4, S. 62.

35 LEMBCKE, Miquel, wie Anm. 4, S. 25-29.

Die vorsichtige Modernisierung Osnabrücks

Wie veränderte sich unter seiner Amtsführung die Stadt? Die komplexe Frage von Finanzen und Steuern zeigt das nachdrücklich. Hier nämlich erwies sich Miquel nicht nur als besonders engagiert und interessiert, sondern binnen Kurzem auch als besonders versiert. Er entwickelte sich in Osnabrück zum Finanz- und Steuerpolitiker. Hier legte er nicht nur die Grundlagen für die spätere Tätigkeit als preußischer Finanzminister seit 1890, sondern auch für einen beruflichen Ausflug in das Bankenwesen als Direktor der Berliner Disconto-Gesellschaft, einer Vorläuferin der heutigen Deutschen Bank, in den Jahren von 1869 bis 1873.

Er begann seine Osnabrücker Amtsführung mit einer Analyse der finanziellen Situation. Sie fiel nicht schmeichelhaft aus.³⁶ Wie bei Politikern nicht unüblich, versuchte er, den hohen Schuldenstand und die vergleichsweise geringen Einnahmen zunächst seinem Vorgänger, in diesem Fall also Stüve, in die Schuhe zu schieben. Nicht zuletzt deswegen war das Verhältnis der beiden in den Jahren von Miquels erster Bürgermeister Tätigkeit hier am Ort gespannt. Stüve und Miquel fanden keinen Weg, der an einer gemeinsamen Sache orientiert gewesen wäre.

Im Grundsatz hatte Miquel mit seiner Analyse recht: Der unglaublich schnell voranschreitende Ausbau der Stadt, etwa im Bereich zwischen der Innenstadt, dem Flusslauf der Hase und dem Hannoverschen Bahnhof, verschlang Unmengen an öffentlichen Geldern für die Infrastruktur, brachte aber kaum oder kurzfristig sogar gar keine Steuereinnahmen in die Stadtkasse.³⁷ Man lebte auf Pump, und Miquel äußerte öffentlich seine Abneigung dagegen, Ausgaben der Gegenwart durch Aufnahme von Krediten zu finanzieren, die in der Zukunft zurückzuzahlen seien.³⁸

Ihn überraschte, dass der Haushalt der Stadt Osnabrück eher auf dem beruhte, was man großzügig-positive Annahmen nennen könnte, als auf gesicherten Zahlen. Im Budget wurden Einnahmen verbucht, die nicht erzielt werden konnten, nur um das Budget insgesamt ausgeglichen erscheinen zu lassen. So war er zunächst bestrebt, Ordnung in das Budgetwesen zu bringen. Das lag im Zuge der Zeit und war in sehr vielen Kommunen der damaligen

³⁶ Ebd., S. 39f.

³⁷ Dazu ausführlicher der Beitrag von Rolf SPILKER (»Schritte in die neue Zeit. Kommunale Aufgaben in der zweiten Amtszeit Stüves als Bürgermeister der Stadt Osnabrück [1852-1864]«, S. 120-135) in diesem Band.

³⁸ LEMBCKE, Miquel, wie Anm. 4, S. 40f.

Jahrzehnte eine Herausforderung. Moderne Zeiten erforderten immer auch eine moderne, den Zeiten entsprechende Finanzplanung.

Freilich war es mit der Ordnung allein nicht getan. Der nächste Schritt war, danach zu fragen, wie es gelingen könnte, die Einnahmen der Stadt zu vergrößern, um die steigenden Ausgaben bewältigen zu können.³⁹ Miquels Rezept war ebenso einfach, wie es auf heutige Verhältnisse nicht übertragbar ist: Die einzige, einigermaßen fest zu kalkulierende Grundlage einer kommunalen Steuer konnte der Grundbesitz sein. Das führte dazu, dass zunächst eine Vorform der modernen Grundsteuer eingeführt wurde. Damit waren die Grundbesitzenden also die wesentlichen Beiträger zu einer Gesundung der öffentlichen Finanzen. Das wiederum, so Miquel, musste bedeuten, dass denen, die am meisten zahlten, auch das Übergewicht zukommen sollte, wo es um die Politik der Stadt ging. Und das bedeutete, die Wahlberechtigung für die Magistratswahlen eng an den Grundbesitz gekoppelt zu belassen. Daraus würde, Jahre später auch in Osnabrück angewendet, das berüchtigte preußische Drei-Klassen-Wahlrecht werden, das so unvernünftig nicht war, jedenfalls dann nicht, wenn man auf die Gleichheit aller bei Wahlen keinen Wert legen wollte.

Da die Grundsteuer allein aber nicht ausreichen würde, wurde zusätzlich vorgesehen, städtischen Grundbesitz an Interessenten zu verpachten. Das würde sichere und dauerhafte Einnahmen einbringen. Miquel erhoffte sich Amortisationssätze von etwas mehr als 2% für solche Verpachtungen. Weil Miquel solche Verzinsungen für die Stadt erreichen wollte, musste er allerdings bei den Verpachtungen nach dem Auktionsverfahren darauf achten, strengstens immer die Meistbietenden zum Zuge kommen zu lassen. Das wiederum bedeutete, dass auch in diesem Punkt die Besitzenden die Nutznießer der städtischen Politik waren. Dass Miquel im Übrigen den städtischen Grundbesitz anhaltend durch Verkäufe verminderte, damit allerdings erhebliche Einnahmen erzielen konnte, verbesserte die Haushaltslage darüber hinaus deutlich.⁴⁰ Noch ein letzter Punkt auf diesem Gebiet ist wenigstens eine Erwähnung wert: Es war unter Stüves Zeiten nicht ungewöhnlich, dass aus dem städtischen Haushalt, defizitär, wie er war, auch Gelder an Private gegen Zins verliehen worden waren. Das ist ein klassisches Bankgeschäft, das Erträge bringen, aber auch Ausfälle verursachen kann. In den ersten beiden Jahren seines Osnabrücker Wirkens hat Miquel, der insofern im Grunde der zweite Gründer der Osnabrücker Sparkasse genannt werden müsste, dafür

³⁹ Ebd., S. 133-147.

⁴⁰ Ebd., S. 40f., 44-46.

gesorgt, dass solcherlei Geschäfte eben nur noch über die Sparkasse abgewickelt wurden, nicht mehr über den städtischen Haushalt.⁴¹

Was nun die Steuern im eigentlichen Sinne angeht, so bestand schon damals der grundlegende Unterschied zwischen staatlichen und kommunalen Steuern. Zu diesen kommunalen Steuern gehörte vorrangig die Grundsteuer. Freilich konnte man sie nicht unbesehen erhöhen, um den Finanzbedarf der Stadt zu decken. Miquel dachte weiter: Wer durch die Erhöhungen der Staatssteuern ohnehin mehr zu zahlen hatte, dem durfte man nicht durch eine gleichzeitige Erhöhung der kommunalen Grundsteuer gewissermaßen den Hals zu drücken. Schon damals, wie auch heute in diesen Fragen, wurde das Problem am Beispiel des möglicherweise verschuldeten Besitzers eines kleinen Hauses durchdiskutiert. Das Ergebnis war, dass es bei der Grundsteuer erhebliche Freibeträge gab, sodass diejenigen, die zu Staatssteuern relativ wenig beitrugen, zumeist von der Grundsteuer ganz befreit wurden. Dadurch kam es zu einer spürbaren Entlastung der kleinen Hausbesitzer.⁴²

Kommunal war in den ausgehenden 1860er-Jahren aber auch die Einkommensteuer. Hier konnte sich Miquel als Liberaler besonders profilieren. Er setzte sich auf diesem Feld mit Erfolg gegen jede Form von steuerlichem Ausnahmerecht ein und benutze für sich deswegen die Selbstbezeichnung eines *Gegners aller Exemption*.⁴³ Für Zeitgenossen eines inhaltlich stark gewandelten Liberalismus mutet das merkwürdig an, aber es gilt festzuhalten, dass die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz eine Grundforderung des Liberalismus im 19. Jahrhundert war und dass Miquels Position eine lupenreine Umsetzung der liberalen Theorie seiner Zeit darstellte. Danach war die Gleichheit vor dem Steuergesetz ein unbedingtes Ziel. Sonderregelungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen waren unter diesem Gesichtspunkt undenkbar. Ein Erlass des preußischen Innenministers von 1869 brachte den offenen Konflikt: In ihm verfügte der Minister die Freiheit von Bundesbeamten von jeglichen kommunalen Steuern, also auch von der Einkommensteuer. Miquels Antwort war kühl und deutlich: Es handele sich *pro futuro um den Verzicht auf ein der Stadt gesetzlich zustehendes Besteuerungsrecht und für die Vergangenheit um die schenkweise Rückerstattung einer formell und materiell rechtsbeständig erhobenen Steuer*.⁴⁴ Das war ein unüberhörbarer Vorwurf an Berlin, sich illiberal und rechtswidrig zu verhalten. Letztlich setzte sich Miquel durch, ebenso wie in der nicht einfachen Frage, an wel-

41 Ebd., S. 154-157.

42 Ebd., S. 133-143.

43 Ebd., S. 139.

44 Ebd.

chem Ort eigentlich juristische Personen steuerpflichtig sind, noch heute eine alles andere als triviale Frage.

Insgesamt führte Miquels Politik zu einer Vergrößerung der öffentlichen Einnahmen, gleichzeitig zu einem anhaltenden Überschuss im städtischen Haushalt und zu einem zwar bescheidenen, aber kontinuierlichen Abbau der städtischen Schuldenlast. Erst in der Gründerzeit der 1870er-Jahre sollte die Schuldenlast wieder moderat steigen, aber man muss festhalten, dass aufgrund der Steuer- und Finanzpolitik der Stadt unter Miquel die Grundlage für eine finanzielle Solidität gelegt worden war, von der man heute nur noch träumen kann. Im Haushaltsjahr 1900/01 betrug die Pro-Kopf-Verschuldung in Osnabrück 82 Mark, in Hannover 277 Mark.⁴⁵ Von solchen Zahlen ist nicht nur das moderne Osnabrück himmelweit entfernt.

Finanz- und Steuerpolitik gilt als ebenso klassisches Politikfeld, wie es im heutigen Politikbetrieb als unsexy gilt. Das würde natürlich Miquel niemals so gesagt haben. Zwar konnte er sich sicher sein, dass seine gerade 18-jährige Ehefrau Emma Charlotte, eine gebürtige Bissendorferin, die der immerhin 3-jährige im Jahr seines Osnabrücker Amtsantritts geheiratet hatte, wegen ihrer bekannten Attraktivität die bewundernden Blicke der Osnabrücker auf sich zog, freilich wegen ihrer Jugend auch zu allerlei Frotzeleien über den wesentlich älteren Ehemann Anlass gab.⁴⁶ Aber das war das private Leben des anfangs glücklich verheirateten Bürgermeisters, der sich im Dienst eben mit eher trockenen und durchaus spezialistischen Fragestellungen ausgesprochen erfolgreich herumschlug.

Die politischen Vorhaben des Bürgermeisters Miquel auf dem Gebiet des Sozialwesens, ein zweiter hier zu behandelnder Schwerpunkt seiner Tätigkeit, sollten angesichts seiner politischen Vergangenheit eine besondere Form der Zuwendung zu denjenigen erkennen lassen, die nicht zu den Besitzenden und damit nicht zu den gesellschaftlich tragenden Schichten gehörten.

Miquels Sozialpolitik

Das Sozialwesen war im Verlauf der Reformation und der Jahrhunderte danach mehr und mehr zu einer staatlichen bzw. kommunalen Angelegenheit geworden. Immer noch, und im 19. Jahrhundert tendenziell sogar zunehmend, engagierten sich allerdings auch Kirchen in modernen Formen sozialer Maßnahmen. Im Grundsatz aber blieb es eben Sache der Kommunen, die

⁴⁵ Ebd., S. 147-154.

⁴⁶ Ebd., S. 217-221.

Leitlinien vorzugeben und die wesentlichen Institutionen selber zu schaffen und zu unterhalten.

Die Stadt besaß seit dem Jahre 1810 eine Städtische Versorgungsanstalt. Ihre Aufwendungen wurden zu etwa 60% durch kommunale Zuschüsse und zu etwa 40% durch private Zuwendungen finanziert.⁴⁷ Die privaten Spenden waren tendenziell lange schon rückläufig, wodurch sich der kommunale Aufwand stetig vergrößerte. Nach der Einführung eigener kommunaler Steuern 1868 brach die private Beteiligung vollends zusammen: Wer Steuern zahlte, spendete nicht noch zusätzlich für kommunale Aufgaben. Insgesamt aber waren die Ausgaben für das Armenwesen tendenziell rückläufig: Sie gingen – in Mark gerechnet – von 3,82 Mark pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 1810 auf nur noch 2,26 Mark im Jahr 1870 zurück. Selbst ohne Berücksichtigung der Inflation machte das einen Rückgang von 40% aus. Dabei wurden nicht etwa die Aufwendungen pro Empfänger gekürzt, sondern es gab einfach wesentlich weniger Arme: Osnabrück prosperierte.

Miquel hat sich mehr als einmal sehr deutlich nicht nur für die Interessen des Mittelstands, sondern auch für die der Arbeiterschaft eingesetzt. Noch war seine Art des Liberalismus vom Sozialismus etwa der Arbeiterbildungsvereine nicht weit entfernt, jedenfalls was das Ergebnis anging, sodass hier – weit mehr, als uns das heute möglich erscheint – Synergien griffen. Freilich machte Miquel in mehreren öffentlichen Vorträgen zu diesen Fragen auch keinerlei Hehl daraus, dass er nicht durch sozialistische Theorie, sondern durch praktische Tätigkeit eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen verwirklichen wollte. Er plädierte für Genossenschaften und für die Gewerbefreiheit und konnte auch unter den Arbeitern bei seinen Parlamentskandidaturen Mehrheiten für sich erringen.

Dass er in seinen späteren Osnabrücker Jahren den Kampf gegen den Alkoholismus insbesondere unter Arbeitern sehr stark in den Vordergrund stellte, war ebenfalls nichts Ungewöhnliches.⁴⁸ 1875 wurden pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr immerhin 17 Liter Branntwein und 70 Liter Bier getrunken. Dass Miquel in gelegentlichen Berichten an vorgesetzte Behörden sehr verallgemeinernd den Alkoholismus, die Arbeitsscheu und die Raufsucht der Arbeiter als Hauptgrund ihrer Notlage bezeichnete, steht in einem

47 Ebd., S. 59-74, auch für das Folgende.

48 Ebd., S. 66f. – Zum Problem des verbreiteten Branntweinkonsums und zu Branntwein als Teil des Lohnes vgl. Rolf SPILKER, Von der Industrialisierung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in: STEINWASCHER, Osnabrück, wie Anm. 8, S. 445-640, hier S. 503f.

merkwürdigen Kontrast zu seinen sehr konkreten Bemühungen um die Verbesserung dieser Lage.

Insbesondere der Wohnungsbau diente diesem Ziel.⁴⁹ Südlich des Piesbergs und nördlich davon, in der Nassen Heide in Hollage, entstanden Bergmannssiedlungen, die nun Miethäuser umfassten, während die früheren Ansiedlungen unter Stüves Zeiten zu Eigentum erfolgt waren. Immerhin 131 Häuser wurden hier gebaut. Ähnliches geschah auch westlich der Stadt in der sogenannten Augustenburg. Noch heute erinnert die Augustenburger Straße zwischen Martini- und Lotter Straße daran. Stadterweiterung, Abriss der Wallanlagen, Wohnungsbau für Industriearbeiter, die Aufteilung der Landschaftsgründe: Alles das hing eng miteinander zusammen und zeigte deutlich, dass Miquel – jedenfalls in einem gewissen Umfang – bereit und willens war, den Interessen der *unbemittelten Klassen*, wie er es nannte, zu entsprechen.

1869 stellte Miquel überraschenderweise seinen Posten zur Verfügung und wechselte als Direktor in den Vorstand der Berliner Disconto-Gesellschaft. In Berlin war er bei Weitem kein Neuling. Parallel zu seiner Tätigkeit in Osnabrück hatte er eine parlamentarische Karriere betrieben und nicht zuletzt wegen der deswegen nötigen Abwesenheiten von seiner Stadt auch immer wieder Kritik auf sich gezogen. Von 1864 bis 1866 gehörte er der hannoverschen Ständeversammlung an; davon war schon die Rede. 1867 wechselte er in das Preußische Abgeordnetenhaus und wurde dort Sprecher des rechten Flügels der Nationalliberalen, dies als gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Hannover VII (Osnabrück). Parallel dazu gehörte er von 1867 bis 1870 zum Reichstag des Norddeutschen Bundes, hier für den Wahlkreis Osnabrück-Bersenbrück-Iburg. Und schließlich wurde er von 1871 bis 1877 noch Reichstagsabgeordneter. Um es zurückhaltend zu sagen: Jedes einzelne dieser Mandate hätte den Mann ausfüllen können. Bereits 1873 zog er sich wieder aus dem Bankgeschäft zurück, und zwar wegen möglicher Interessenkollisionen mit seiner parlamentarischen Tätigkeit im Reichstag. Jedoch blieb er auch während dieser Zeit an Osnabrück und den Osnabrücker Verhältnissen durchaus interessiert, und deswegen war es keineswegs überraschend, dass ihn sein beruflicher Weg für einige Jahre auch wieder dorthin zurückführte.

49 LEMBCKE, Miquel, wie Anm. 4, S. 84-95.

Bürgermeister Detering: Zwischenspiel eines Unbekannten

Bei Miquels Abgang aus Osnabrück war ihm der bisherige Stadtsyndikus Johann Werner Detering als Bürgermeister gefolgt, früher ebenso wie Miquel selber der politisch äußersten Linken zuzurechnen, aber in den Jahren seiner Osnabrücker Tätigkeit als Bürgervorsteher zusehends gemäßigter geworden.⁵⁰ Auch unter seiner Ägide ging Osnabrücks Entwicklung in erheblicher Geschwindigkeit weiter.

Die Stadt wuchs mit rasantem Tempo jenseits der Grenzen der Wallanlagen, die ab 1872 abgerissen wurden. Nach Norden, Westen und Osten ging die Ausdehnung deutlich über die Areale hinaus, die schon zu Miquels Zeiten erschlossen worden waren. Vor allem in der südwestlich der Stadt gelegenen Gemarkung Wüste stellten sich dabei erhebliche Probleme, was die Urbarmachung des Areals anging. Gleichzeitig stieg die Osnabrücker Einwohnerzahl nochmals deutlich an: Zwischen 1867 und 1875 wuchs sie von etwa 20.000 auf 30.000 Einwohner, also um die Hälfte. Die Infrastrukturaufgaben wurden nicht geringer, sondern waren eher noch bedeutender geworden. Allein für den Straßenbau waren 1865 etwa 6.700 Reichsmark ausgegeben worden, 1876 betrug die Summe mehr als das Vierfache, knapp 30.000 Reichsmark. In jenen Jahren übrigens erhielt der seit 1866 so genannte Neumarkt seine Bedeutung: Von dort ging die Verbindungsstraße zwischen der Stadt und dem Hannoverschen Bahnhof ab, und erst seit es diese Verbindung gibt, gab es in diesem Zuge auch eine moderne Hasebrücke.

Miquels Rückkehr

Bei Deterings Tod fiel die Wahl eines Nachfolgers schnell und unproblematisch auf seinen Vorgänger, den mittlerweile in Berlin durchaus heimisch gewordenen Parlamentarier Johannes Miquel. Die städtischen Kollegien waren sich einig darin, die Fortführung der als erfolgreich angesehenen Kommunalpolitik für Osnabrück durch Miquel zu wünschen. So trat er im August 1876 eine zweite Amtszeit an, die allerdings nur wenig mehr als drei Jahre dauern sollte. Schon im November 1879 wurde er in Frankfurt a.M. als dort gewählter Oberbürgermeister präsentiert, nachdem er 1878 in gleicher Funktion schon nach Breslau hätte gegangen sein können. Nun aber verließ er Osnabrück, begleitet von rauschenden Abschiedsfesten. Wenig später erhielt er den

⁵⁰ Über den in der Stadtgeschichtsschreibung weitgehend vernachlässigten Detering vgl. Anm. 34.

Ehrenbürgerbrief der Stadt, die zweite persönliche Ehrung nach der Verleihung des persönlichen Titels eines Oberbürgermeisters durch König Wilhelm I., die bereits 1869 erfolgte. Er bilanzierte: *Oft bin ich selbst erschreckt gewesen, über das große Vertrauen, welches man mir schenkte, ich fühlte meine Verantwortlichkeit dadurch noch größer werden.*⁵¹ Miquel wurde Oberbürgermeister von Frankfurt a.M., später Reichsfinanzminister und starb 1901, in einem neuen Jahrhundert, zu dessen Gestalt er manches beigetragen hatte.

Osnabrücks 19. Jahrhundert – Bürgermeister prägen eine Stadt

Osnabrück wird preußisch: Ist es das Preußische, das in der Amtsführung der drei Bürgermeister den Unterschied darstellt? Ist es wichtig, dass Stüve eher konservativ war, Detering und Miquel liberal? Welche Handlungsspielräume taten sich den drei Männern an der Spitze dieser Stadt auf, wie nutzten sie sie?

Die Stadtgeschichtsforschung unserer Tage beschäftigt sich nur selten mit dem 19. Jahrhundert. Die allgemeinen Gründe für diese Geringschätzung eines ganzen Jahrhunderts liegen tief. Da erfahrungsgemäß vermeintliche oder tatsächliche Hinderungsgründe aber eine erstaunliche Beharrlichkeit aufweisen, müssen sie benannt und bedacht werden.

Das 19. Jahrhundert scheint wenig Spezifisches für die Geschichte von Städten zu liefern. In einem Zeitalter von Städteordnungen, von Ministerien, Mittelbehörden (wo nötig), Fachverwaltungen, Gesetz- und Verordnungsblättern, gar ab 1871 von Reichszuständigkeiten scheint es schwer, das Individuelle ausfindig machen zu können, und galt es lange als eher kleinteilige Herangehensweise, nach den scheinbar geringer werdenden Handlungsspielräumen von Oberbürgermeistern zu fragen.

Natürlich ist das 19. Jahrhundert zuallererst das Zeitalter der Großstadtwerdung, auch wenn in Osnabrück um 1900 gerade eben die Marke von 50.000 Einwohnern überschritten wurde. Dann ist es das Zeitalter der Industrialisierung mit den Folgen vom Städtebau und der Infrastruktur bis zum Entstehen und Erstarken der Sozialdemokratie. Es ist auf der anderen Seite das Zeitalter des besitzenden Großbürgertums, das sich seine Villen unmittelbar angrenzend an die niedergelegten Wälle errichtete. Es ist das Zeitalter einer zunehmenden Migration, mit Zuwanderungen aus dem Ostelbischen und von noch weiter her. Die Stadt wird auch eine Militär- und Garnisonsstadt. Kurz gesagt: Osnabrück verändert sein Gesicht in rasender Geschwin-

⁵¹ LEMBCKE, Miquel, wie Anm. 4, S. 244-246.

digkeit und in erheblichem Ausmaß. Allein die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges sollten die Veränderung des Stadtbildes noch einmal in ähnlicher Weise beschleunigen. Am Ende würde dann das vermeintlich alte Osnabrück, das über weite Strecken längst eine Stadt des 19. Jahrhunderts war, in Schutt und Asche liegen.

Aber noch einmal: Was bedeutete der einzelne Bürgermeister angesichts dieser Meistererzählung von der deutschen Stadt im 19. Jahrhundert? Vorsichtig und tastend könnte man dieses sagen: Mehr als in heutigen Zeiten war das Verständnis dessen, was im Rathaus geschah, personalisiert. »Der« Bürgermeister werde es richten, so nahm man an, und das jenseits aller Politik, von der das Sprichwort sagte, dass sie nicht aufs Rathaus gehöre. Osnabrück ist ein prächtiges Beispiel dafür, dass der erste Teil dieses Satzes richtig ist und der zweite grundfalsch. Denn Politik wurde eben auch auf dem Rathaus gemacht, von Konservativen, von ehemaligen Kommunisten, von Liberalen und Nationalliberalen. Die politischen Grundeinstellungen der Stadtspitzen wurden in diesem 19. Jahrhundert sichtbar, und sie prägten, was geschah.

Dabei fielen die Übergänge schwer: Der Abschied vom Honoratiorentum in Bürgervorsteherkollegium und langsam sich professionalisierender Verwaltung brachte Verlustängste hervor, bevor sich der Fortschritt in der Sache bemerkbar machte. Stüve wusste, was verloren zu gehen drohte, Miquel ahnte, was zu gewinnen war. Dieser Mentalitätswandel brauchte eine Generation, von 1848 bis zur Gründerkrise ab 1873. Und er verbrauchte eine ganze Generation: diejenige der altständischen Konservativen, denen der organisierte Konservatismus des späteren 19. Jahrhunderts zu eindimensional und zu reaktionär wurde. Denn das war Stüve eben nicht: eindimensional und reaktionär.

Überlagert wird diese Achsenzeit der modernen Stadtentwicklung im 19. Jahrhundert durch das Erstarken Preußens. Stüve war alles andere als ein in der Wolle gefärbter Welfe; er war Osnabrücker, das war seine Heimat, Hannover war sein Staat, zu dessen Gedeihen er manches beitrug. Das Verhältnis zu den Welfen als dem in Hannover regierenden Haus war, zurückhaltend formuliert, nicht spannungsfrei. Miquel seinerseits war alles andere als ein bedingungsloser und bornierter Preuße. Dafür war er zu pragmatisch und auch dann zu rechtlich eingestellt, wenn es politisch anders einfacher gewesen wäre. So sehr er die nationale Aufgabe Preußens in der Reichseinigung sah, so wenig ließ er sich in der Kritik an demselben Preußen beirren, wenn er im Recht zu sein glaubte.

Deswegen dürfte der wesentliche Bruch nicht zwischen dem welfischen und dem preussisch gewordenen Osnabrück zu suchen sein, sondern sich in der zunehmenden Modernität finden lassen. Die ersten tastenden Versuche

einer frühen Industrialisierung rund um die Stadt, ob im Leinengewerbe oder in der Georgsmarienhütte, modernisierten das Wirtschaftsleben. Dampfmaschine und, daraus hervorgegangen, Eisenbahn wurden zu Leittechniken dieser Moderne. Stüve tat das Seine, um die Moderne zu ermöglichen, Miquel wandte sich ihr offen zu, nicht ohne Paternalismus gegenüber den unteren Schichten, aber eben doch in der sicheren Gewissheit, für sie sorgen zu müssen. Dafür mit den Wählerstimmen auch aus der Arbeiterschaft entgolten zu werden: Das war der wichtigste Unterschied in den politischen Strukturen seiner Zeit. Sie beide, Stüve wie Miquel, markieren Osnabrücks Weg aus der altständischen Zeit in die Moderne, einen Weg, den die Stadt nicht trotz der Welfen und wegen der Preußen gegangen ist, sondern weil sie das ungemeine Glück hatte, zwei verständige Bürgermeister in dieser Zeit zu haben.